

## **Darum Nein zur Casino-Initiative**

Die IG versucht mit grossen Plakaten, ein Nein zu ihrer Initiative am 29. Januar abzuwenden. Die Botschaft dieser Plakate: Liechtenstein hat Staatseinnahmen von jährlich über 50 Millionen Franken aus der Casino-Branche nicht nötig; in Zeiten, in denen die Staatsverschuldung weltweit dramatische Ausmasse annimmt, eine gewagte Aussage.

Fakt ist: Bei einem Ja zum Casino-Verbot würde dem Staatshaushalt in zehn Jahren über eine halbe Milliarde Franken fehlen, die dann anderweitig hereingeholt werden müsste. Zur Erinnerung: Erst vor gut zehn Jahren musste die Bevölkerung happige Sparpakete in Kauf nehmen.

Um weitere Sparpakete zu vermeiden, entschloss sich die Politik damals nach dem Vorbild der Schweiz zu einer Casino-Liberalisierung. Ob Liechtenstein vor diesem Hintergrund auf die Casino-Einnahmen verzichten will und kann, muss sich bei der Volksabstimmung jeder selbst im Klaren sein. Die IG ist jedenfalls bis heute die Antwort schuldig geblieben, wie sie dieses Loch in der Staatskasse auszugleichen gedenkt.

In der Schweiz wird ein Grossteil der Casino-Einnahmen zur Finanzierung der AHV verwendet. Dort stört sich niemand an staatlich beaufsichtigten Casinos. Ganz im Gegenteil: In der Schweiz weiss man die Casinos und die damit verbundenen Einnahmen sehr zu schätzen. Nicht umsonst wird der Bundesrat im kommenden Herbst mehr Casino-Konzessionen bewilligen. Mit staatlichen Verboten lassen sich keine Probleme lösen, darum ein klares Nein zum Casinoverbot!

**Casinoverband Liechtenstein**